Deutscher Bundestag **Drucksache 16/595**
16. Wahlperiode 08. 02. 2006

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Patrick Meinhardt, Cornelia Pieper, Uwe Barth, Christian Ahrendt, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Zur Entwicklung des eLearnings in Deutschland

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel erfordert von jedem Einzelnen die fortlaufende Sicherung und Weiterentwicklung der eigenen erworbenen Kompetenzen auch und gerade über die einmal erworbene Berufsqualifikation hinaus. Ebenso ist für die Unternehmen die Fort- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterschaft unerlässlich, wollen sie im internationalen Wettbewerb Schritt halten. Dies gilt ebenso für Behörden und öffentliche Einrichtungen, die für unsere Gesellschaft wichtige Funktionen wahrnehmen. Unzweifelhaft gewinnt daher das lebens- und berufsbegleitende Lernen eine ständig wachsende Bedeutung. Wirtschaft und Gesellschaft verlangen darüber hinaus nach immer besser ausgebildeten jungen Menschen. Auch die Schule muss sich den neuen Anforderungen stellen. Die Schülerzahlen gehen bereits in vielen Bundesländern dramatisch zurück. Um dem Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden, muss sich daher der Anteil derjenigen, die gut ausgebildet die Schule verlassen, erhöhen. Dies kann nur gelingen, wenn neue und bessere Lernmethoden entwickelt und praktiziert werden, ohne dass dies zu einer Kostenexplosion führen darf.

Die Forderungen nach solchen neuen Methoden gehen jedoch ins Leere, wenn sie nicht von konkreten Vorstellungen und Konzepten begleitet werden. Aus dem kommerziellen Umfeld ergeben sich deutliche Signale und aus der erziehungswissenschaftlichen Forschung erste Hinweise, dass das mediengestützte Lehren und Lernen, das eLearning, eine Lösung dieses Problems ist. So etwa spricht eine Studie der Fraunhofer-Gesellschaft über die Effizienz einer so genannten Corporate University von einer Zeitersparnis von 25 bis 35 Prozent und einer Kostenersparnis von 30 bis 45 Prozent durch eLearning. In diesem Zusammenhang ist auch der Hinweis aus der neuen internationalen Vergleichsstudie der OECD („Are Students Ready for a Technology-Rich World?“) bedeutsam, dass die Lernerfolge von Schülerinnen und Schülern mit ausgeprägter PC- und

Interneterfahrung auch unter Herausrechnung sozioökonomischer Faktoren erheblich besser sind als die der Vergleichsgruppe ohne solche Erfahrungen.

Obwohl Deutschland bei der Qualität der Angebote durchaus eine Spitzenrolle in Europa spielt, sind Einsatz und Akzeptanz des eLearnings noch nicht so verbreitet wie in anderen Ländern. Die Bundesregierung hat mit dem Programm „Neue Medien in der Bildung“ in den vergangenen Jahren die Entwicklung von eLearning in Schulen, Hochschulen und bei der beruflichen Bildung gefördert. Dass die weitere Entwicklung und die Förderung der Akzeptanz neuer Lehr- und Lernmethoden sowie die Erforschung ihrer Wirksamkeit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die weitere Entwicklung des Bildungsstandorts Deutschland hat, dürfte weitgehend unstrittig sein. eLearning wäre auch im Hinblick auf mögliche Skalierungseffekte bei Fort- und Weiterbildungsangeboten für große Beschäftigtengruppen eine hoch interessante Möglichkeit. Daher ist es wichtig zu wissen, wie die neue Bundesregierung diesen Aufgabenbereich angehen will und wie dies ggf. auch unter den Rahmenbedingungen der geplanten Föderalismusreform weiterhin geschehen kann.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hält die Bundesregierung an ihrer in Bundestagsdrucksache 14/9784 geäußerten Auffassung fest, der Modernisierung des Bildungssystems entscheidende Bedeutung beizumessen und dabei den Einsatz von Computern und Internet als ein geeignetes Mittel anzusehen?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung und den Stand der Integration des eLearnings in das bestehende Bildungsangebot?
3. Welche Ergebnisse hat das Förderkonzept „Anschluss statt Ausschluss – IT in der Bildung“ im Hinblick auf die einzelnen Bildungsbereiche erbracht?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die bisherigen Ergebnisse des Programms „Neue Medien in der Bildung“?
5. Was sind die Grundsätze und Ziele der Bundesregierung bei der zukünftigen Förderung neuer Medien im Bildungsbereich, und welche Zielgruppen werden besonders ins Auge gefasst?
6. Welche besonderen Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang im Hinblick auf das „Informatikjahr – Wissenschaftsjahr 2006“ geplant?
7. Welche Zielgruppen könnten nach Auffassung der Bundesregierung zukünftig bevorzugt von den Möglichkeiten des eLearnings profitieren?
8. Welche konkreten Vor- und Nachteile für die Aus- und Weiterbildung sieht die Bundesregierung nach neuen Erkenntnissen beim eLearning bzw. beim sog. blended Learning gegenüber konventionellen Methoden?
9. Welche Rolle spielt dabei der Gesichtspunkt der Skalierbarkeit der Angebote für große Abnehmergruppen sowie der Wiederverwendbarkeit von Inhalten?
10. Ist das im März 2000 im Rahmen der Vorstellung des o. a. Programms formulierte anspruchsvolle Ziel, dass „Deutschland im Bereich der Lernsoftware in fünf Jahren weltweit eine Spitzenposition einnimmt“ erreicht worden?
11. Durch wen und nach welchen Kriterien erfolgte die Überprüfung dieser Zielerreichung?
12. Wie hat sich die Vergabe der Fördermittel für das eLearning seit 2002 entwickelt, und inwieweit sind dabei einerseits Länderschlüssel und andererseits ländereigene Anstrengungen berücksichtigt worden?

13. In welcher Höhe sind Fördermittel ggf. auch aus europäischen Programmen für das laufende Haushaltsjahr geplant (bitte nach Bundesministerien aufschlüsseln)?

14. Welche Bedeutung gibt die neue Bundesregierung den Empfehlungen des Berichts „Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vom 5. Juli 2004 im Hinblick auf ihre eigene Weiterbildungspolitik?

15. Wie hat sich seit dem Jahr 2002 das Nachfragepotential bei eLearning-Angeboten in Deutschland entwickelt, und welche direkte wirtschaftliche Bedeutung hat das eLearning heute und voraussichtlich in Zukunft?

16. Welche Ergebnisse hat die von der Bundesregierung gemäß ihrer Antwort in Bundestagsdrucksache 14/9784 in Auftrag gegebene Studie zum Einsatz von eLearning in kleinen und mittleren Unternehmen erbracht?

17. Wie und in welchem Umfang soll die Bildungsforschung im Hinblick auf die Entwicklung neuer und besserer Lernmethoden für die Aus- und Weiterbildung in Zukunft gefördert werden?

18. Werden dabei mediengestützte Lehr- und Lernmethoden eine besondere Rolle spielen?

19. Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung die zur Nutzung solcher Methoden notwendige Medienkompetenz bei Lehrenden und Lernenden unter Gender-Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung aller sozialen Gruppen gefördert werden?

20. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der neuen internationalen Vergleichsstudie der OECD („Are Students Ready for a Technology-Rich World?“)?

21. Wird sich die Bundesregierung ggf. über das genannte Programm hinaus für die Verbesserung der Akzeptanz und des Einsatzes von eLearning in Deutschland einsetzen, und wie soll dies geschehen?

22. Plant die Bundesregierung im Bereich der Sicherheit digitaler Verfahren und Netze Initiativen, die zur Absicherung von netzbasierten Prüfungen und damit zu einer besseren Akzeptanz von elektronischen Bildungsangeboten führen sollen?

23. Sind dabei neue und möglicherweise verbesserte Maßnahmen und Programme geplant?

24. Was wird sich ggf. an den Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Ländern in diesem Bereich nach der geplanten Föderalismusreform ändern?

25. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung auch nach der geplanten Föderalismusreform, im Bereich der Weiterbildung und insbesondere bei der Erforschung und Förderung der Akzeptanz und der Anwendung des eLearnings aktive Politik zu betreiben?

26. Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung sicherzustellen, dass die verschiedenen Exzellenzinitiativen nicht nur der Forschung in Deutschland zu Gute kommen, sondern auch die an den amerikanischen Spitzenuniversitäten (z. B. dem MIT mit seinen eLearning-Angeboten) herrschende Exzellenz in der Lehre für Deutschland übernommen und gefördert wird?

27. Welche Qualitätssicherungsmöglichkeiten gibt es derzeit im Hinblick auf den Einsatz neuer Lernmedien und internetbasierter Lernangebote?

28. Plant die Bundesregierung im Hinblick auf die Qualitätssicherung von eLearning-Angeboten eigene Maßnahmen wie z. B. ein produktübergreifendes Gütesiegel, und ist dabei an ein Zusammenwirken mit den entsprechenden Fachverbänden gedacht?
29. Welche Rolle misst die Bundesregierung den im Internet frei verfügbaren Fachinhalten (z. B. Wikipedia) bei der Aus- und Weiterbildung breiter Bevölkerungsgruppen zu?
30. Wie können Hochschulen und Berufsbildungseinrichtungen als Lieferanten für frei verfügbare Fachinhalte im Internet gestärkt werden (e-Publishing)?
31. Welche Rolle misst die Bundesregierung dem Export und Import von Bildungsinhalten auf elektronischem Wege zu, und wie schätzt sie die Möglichkeiten für Deutschland ein, durch internationalisierte deutsche Bildungsinhalte im globalen Weiterbildungsmarkt eine führende Stellung zu erhalten?
32. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, deutsche Bildungseinrichtungen und insbesondere die Hochschulen bei der möglichen kommerziellen Nutzung internetbasierter Lernangebote im internationalen Bildungsmarkt zu unterstützen?
33. Wie beurteilt die Bundesregierung die vielfältigen Aktivitäten der EU-Kommission zur Förderung mediengestützter Lehre?
34. Wie haben sich ggf. die EU-Fördermittel für eLearning-Angebote auf die einzelnen Mitgliedsländer verteilt?
35. Hält die Bundesregierung den Zugang zu nicht zensierten frei verfügbaren Informationsangeboten für ein Grundrecht, das in einer digital lernenden Welt aus den Grundrechten auf Bildung und informationelle Selbstbestimmung abgeleitet werden kann?

Berlin, den 8. Februar 2006

Patrick Meinhardt
Cornelia Pieper
Uwe Barth
Christian Ahrendt
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Dr. Christel Happach-Kasan
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Michael Link (Heilbronn)
Markus Löning
Horst Meierhofer
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Marina Schuster
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Christoph Waitz
Dr. Claudia Winterstein
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333